

ISSN 1019-0287

Preis 1,49 €

4. April 2003

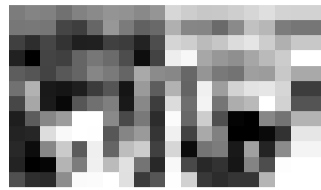
erscheint freitags

d'ei aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire

agenda

4/4-13/4/2003

(film/theatre/concert/events)



aktuell

**Des maisons pour la paix**

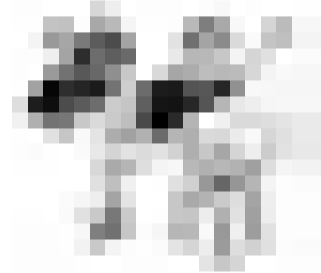
Reconstruire ce que l'occupant a démolé: des Israélien-ne-s et des Palestinien-ne-s dénoncent la politique d'occupation que mène l'Etat hébreux.

dès woch, page 3

**Freiheit ade**

Wie unabhängig darf der Schulpsychologe sein? Über diese Grundsatzfrage wird die Chamber bald abzustimmen haben.

aktuell, Seite 8



magazine

**Pop "spé"**

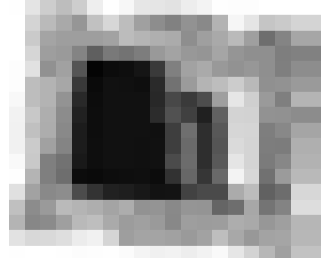
Chez leur nouveau label, ils font partie de la catégorie des musiques "spé", veut dire "spéciales". Et la pop de "Venus" est vraiment hors du commun. Interview.

magazine, page 9

**Art en vidéo**

La quatrième série des "Portraits d'artistes - L'artiste vu par le cinéaste", présentant des artistes du Luxembourg, sortira bientôt en vidéo et DVD.

magazine, page 12



Preis: 1,49 €



# Einbahnstraße Integration



*Melting Pot oder Ausländer-Ghetto? Nicht nur die ausländischen MitbürgerInnen sind bei der Integration gefragt. Auch die luxemburgische Gesellschaft und ihre politischen Verantwortlichen müssen einen aktiven Beitrag leisten, wenn ZuwandererInnen und LuxemburgerInnen harmonisch zusammenleben wollen.*

dossier, Seite 4

(Foto: Christian Mosar)

ISLAM

## Auf zum Luxemburger Djihead

**Der heilige Krieg gegen den Islamismus breitet sich auch in Luxemburg aus. Statt mit den Waffen von Integration und Toleranz zu kämpfen, verstärkt der Staat sein Arsenal der Ausgrenzung.**

Zugegeben, sie wirken etwas exotisch, die Männer mit den Bärten, die sich seit einiger Zeit in einem Bonneweger Lokal versammeln - wenn auch nicht mehr als "Brüder" anderer Religionsgemeinschaften. Am Montag in der Frühe wurde die "Association des musulmans du Luxembourg" im Rahmen einer polizeilichen Aktion gegen "Islamistenkreise" Zielscheibe einer Hausdurchsuchung. Grund: Hinweise auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Und die Polizei, so ihre spätere Pressemitteilung, wurde fündig: Propaganda-Material, das zum Heiligen Krieg aufrufe, sei sichergestellt worden.

In der Presse wurde bislang vor allem über die Übergriffe der Polizei gegenüber "Unschuldigen" berichtet, die Opfer einer Verwechslung wurden. Die Aktion an sich, die soweit der Öffentlichkeit bekannt, zu recht mageren "Ergebnissen" führte, wurde dagegen weniger kommentiert. Da wäre einmal die Tatsache,

dass Aufwand und Resultat zwei Tunesier ohne Aufenthaltserlaubnis in Abschiebehaft sowie die Sicherstellung des erwähnten Propagandamaterials auf der einen Seite, rabiaten Durchgreifen auf der anderen - nicht gerade in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Das Zentrum in Bonneweg wurde weder geschlossen, noch kam es zur Verhaftung von Verantwortlichen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass forsche Aktionen von Polizei- und Justizapparat gegen angebliche Islamisten sich als Schlag ins Wasser erweisen. Ein Beispiel, das in Luxemburg wohl für erhöhte Skepsis gegenüber der Subtilität Luxemburger Ermittler gesorgt hat, ist die Ausweisung des Algeriers Ahmed Flidja am 4. Juli 2000. Der Mann sei laut Schengener Informationssystem gefährlich und bewaffnet gewesen, und stehe der Terrorgruppe GIA nahe, hatte damals Justizminister Luc Frieden vor dem Parlament

erklärt. Seit einigen Tagen ist Ahmed Flidja ein freier Mann und hat in Frankreich eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Die Annahme, er sei eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung, wurde fallengelassen.

Es drängen sich aber auch generellere Fragen zum Umgang des Luxemburger Staates mit der islamischen Bevölkerung auf. Während er auf der einen Seite die Muskeln gegenüber mutmaßlichen Islamisten spielen lässt - mit welcher Berechtigung, muss sich zeigen - erschwert er auf der anderen Seite die Integration der zweitgrößten Religionsgemeinschaft im Land. 1999 stellte das "Centre culturel islamique" in Mamer einen Antrag auf Konventionierung, wie sie auch schon für die katholische, die jüdische und andere (christliche) Glaubensgemeinschaften gilt. Trotz angeblich positiver Grundhaltung der Regierung ist der Antrag bis heute nicht angenommen.

Ein Kommentar von  
Renée Wagener.